

# Klimaschutz in sozialer Verantwortung

Auszug aus dem gemeinsam beschlossenen Antrag:  
"Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden erklärt [...] den Klimaschutz zur städtischen Aufgabe von höchster Priorität für die Daseinsvorsorge durch die Stadt und die städtischen Beteiligungsgesellschaften. [...] Der Stadtrat erkennt die in den letzten dreißig Jahren in der Landeshauptstadt getroffenen Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion und die unter schwierigen Bedingungen erbrachten besonderen Leistungen Ostdeutschlands an. [...] Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Maßnahmen auf ihre soziale Verträglichkeit zu überprü-

fen. Sie dürfen nicht zu sozialen Härten führen und zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen oder besonderer sozialer Bedürftigkeit gehen. Der Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen soll zukünftig für alle Menschen und Unternehmen gegeben sein."

fen. Sie dürfen nicht zu sozialen Härten führen und zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen oder besonderer sozialer Bedürftigkeit gehen. Der Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen soll zukünftig für alle Menschen und Unternehmen gegeben sein."

**ABGELEHNT**

## Mehr Frauen in die Führung!

Unser erneuter Vorstoß, sich des Problems der fehlenden Repräsentanz von Frauen in den Führungsetagen städtischer Unternehmen anzunehmen, scheiterte heute. Dabei gibt es dafür drängende Argumente – **Caroline Lentz:**

„Bei den Stadtwerken Dresden sind etwa 33% der Gesamtbelegschaft weiblich. In der Chefetage der 1. Führungsebene bleibt es aber nicht mal mehr bei der Hälfte dieser Zahl. Auch dort sind nur noch 14% der Stellen mit Frauen besetzt. [...] Wir fordern mit unserem Antrag den Oberbürgermeister erneut auf, in den schriftlichen Teil der Beteiligungsberichte die bisher fehlende Erläuterung der Frauenanteile in den

*verschiedenen Führungsebenen städtischer Unternehmen mit einfließen zu lassen. Erst aus diesen Erläuterungen heraus besteht doch für den Stadtrat die Möglichkeit, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, mit denen wir den Unterschieden in den Geschlechterverhältnissen entgegensteuern können. Zusätzlich fordern wir vom OB, dass er erste Konzepte zur Angleichung der Geschlechterverhältnisse in diesen Gesellschaften erarbeiten lässt. Wir wollen, dass dieser bestehenden Ungerechtigkeit nicht weiter einfach nur zugeschaut wird und es bei ein paar einfachen Zahlen im Beteiligungsbericht bleibt.“*

## Umzugsbeihilfe

Der Stadtrat hat heute die Vorlage der Stadtverwaltung zur Abschaffung der Umzugsbeihilfe für Studierende in Dresden in die Ausschüsse verwiesen. Mit der Erhebung der Zweitwohnsitzsteuer ist dieses Lockmittel kaum noch nötig. Deshalb also die Beschlussvorlage heute - Ende Januar. Das Problem: das Studentenwerk gibt schon seit Anfang des Jahres keine Antragsformulare für die Umzugsbeihilfe mehr aus, Anträge werden abgewiesen. Dabei war und ist noch nichts beschlossen. Der Hintergrund: der Vorschlag zur Abschaffung liegt schon seit März 2019 vor und während der OB das Problem bis November aussaß entwickelte seine Verwaltung ein Eigenleben, gab an das Studentenwerk keine Antragsformulare mehr aus - während im Sommer und Herbst 2019 noch für die Umzugshilfe geworben wurde. Es gibt also Gesprächsbedarf im Ausschuss. Unser Ziel: rechtssichere Abschaffung der Beihilfe 2021 und Finanzierung studentischen Lebens mit den frei werdenden Mitteln.

## Städtisches Klinikum

Der Stadtrat beschloss heute den Wirtschaftsplan des Städtischen Klinikums. DIE LINKE votierte dafür und damit auch für die Erhöhung des Kassenkredits auf 85 Mio Euro. **Jens Matthis:** "Das Hauptproblem unserer Krankenhäuser ist der neoliberale Wahn der letzten Jahre, man könne Krankenhäuser wie Autofabriken führen. Ausdruck dieses Wahns ist das DRG-System, das es so nur in Deutschland gibt und das grandios gescheitert ist. Dabei müssen sich Krankenhäuser nicht zu allererst rechnen, sondern für die Gesundheit ihrer Patientinnen und Patienten sorgen."